



Foto: Tobias Koch

### 156. BERICHT AUS BERLIN

03.12.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

am Mittwoch haben wir als Fraktion mit einer Festveranstaltung 100 Jahre Frauenwahlrecht gefeiert. Die Bundeskanzlerin hat hierzu eine beeindruckende Rede gehalten: <https://tinyurl.com/ybktoc7k>

Die Union ist derzeit im Aufbruch. Wir müssen auch darüber diskutieren, wie mehr Frauen in die Parlamente kommen können. Fakt ist, dass gerade in der CDU/CSU Frauen nicht angemessen in Ämtern und Funktionen repräsentiert sind. In der Bundestagsfraktion liegt der Frauenanteil bei nur 20%. Das liegt nicht zuletzt daran, dass wir eine Fraktion der Direktwahlkreise sind und Frauen sich als Direktkandidaten oft nicht durchsetzen. Ich denke, wenn wir das nicht ändern, haben wir es als Volkspartei schwer. Ich bin dafür, dass wir offen darüber diskutieren, ob wir dazu nicht auch andere Instrumente, wie beispielsweise eine Quote, nutzen sollten.

Was für die Beteiligung von Frauen gilt, gilt noch mehr für die Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund. Hier sind wir als Union auch noch viel zu zurückhaltend.

Ein weiteres wichtiges Thema war der Migrationspakt. Hierzu haben wir zusammen mit der SPD klargestellt, dass die Steuerung und Begrenzung von Migration im zentralen Deutschen Interesse ist und dass wir diesen Pakt genau dafür nutzen wollen. Weitere Fakten finden Sie hier:

<https://tinyurl.com/ycb8qqy7>

Herzliche Grüße

#### // MEINE WOCHE

Es ist eine gute Tradition, dass der Bundeswehrverband Unterschriften von Parlamentariern auf einem gelben Band sammelt und diese zu Weihnachten als Zeichen der Solidarität in die Einsatzgebiete schickt. Gerne habe ich mich daran beteiligt: <https://tinyurl.com/ybylzh7>

In dieser Woche hat mich Spiegel Online zu aktuellen und grundsätzlichen Fragen interviewt. Den Text unter der Überschrift „Herr Knigge wäre mit uns zufrieden“ finden Sie hier: <https://tinyurl.com/ybmlcdvd>

#### // THEMEN DER WOCHE

In dieser Woche haben wir unseren Kurs im „Herbst der Ergebnisse“ zu „liefern“ fortgesetzt.

An erster Stelle stehen Verbesserungen für Schulen und Maßnahmen für mehr bezahlbaren Wohnraum. Nach intensiven Verhandlungen hat sich die Koalition mit Grünen und FDP auf die Änderung des Grundgesetzes geeinigt. Das ist ein großer Schritt, durch den der Bund den Ländern und den Kommunen zusätzliches Geld für die Digitalisierung der Schulen und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen kann. Wir haben dabei erreicht, dass die Bundesmittel nur **zusätzlich** zu den Länderausgaben erfolgen und die Länder damit auch weiterhin Verantwortung für ihre ureigenen Aufgaben tragen. Allein für die Schulen stellt der Bund in den nächsten Jahren 5 Milliarden Euro zur Verfügung. Wir bleiben allerdings trotzdem bei unserer Haltung, dass Bundesmittel für Länderaufgaben nicht die Regel werden dürfen. Nun brauchen wir die Zustimmung der Länder, die aus zwei Gründen Bedenken haben. Sie wollen sich nicht in der Mittelverwendung vom Bund kontrollieren lassen und ihnen gefällt die oben erwähnte Zusätzlichkeit nicht. Das ganze Gesetz geht damit wohl in den Vermittlungsausschuss.

Durch zwei weitere Gesetze, die in dieser Sitzungswoche verabschiedet wurden, wollen wir für mehr bezahlbaren Wohnraum sorgen: Zum einen wird es durch eine steuerliche Sonder-Abschreibungsmöglichkeit insbesondere für private Investoren attraktiver neue Wohnungen zu bauen. Zum anderen stärken wir den Mieterschutz: Mieterhöhungen dürfen nach Modernisierungen nicht mehr so hoch ausfallen und der Vermieter muss in bestimmten Fällen dem neuen Mieter unaufgefordert Auskunft über die Vormiete geben.